EINGEGANGEN
1 8. JUNI 2013
Abt. 4 15.06.2013

Rüdiger Klasen Wittenburgerstr.10 19243 Püttelkow Tel: 038852-58951

AZ: 4yp-323/12/2045

Ministerium für Inneres und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenal am Pfaffenteich
Alexandrinenstraße 1
19055 Schwerin

An das Polizeirevier Hagenow / DSt-Nr 316400 z. H. Frau POM Ziller Schweriner Straße 32 19230 Hagenow Tel: 03883/6310

Ihr (OWi-) Angebot mit Bußgeldbescheid vom 26.04.2012 (Posteingang 02.05.2013) = beschwerte Zurückweisung - Ihr Vorgangsnummer: 477173 + 477174

## Ausgeschlossene Personen kraft Gesetzes wegen Grundrechteverletzung

Sehr geehrte Frau Ziller,

ihr OWi - privatgeschäftliches Zwangsanliegen werde, darf und kann ich wegen Ihrer Grundrechteverletzungen nach Art. 139 GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften (SHAEF / SMAD) und wegen der Staatenlosigkeit nicht befolgen und ist zurück gewiesen.

Was heute unrecht ist, darf ich als Befehlsempfänger nicht ausführen. Siehe DDR Schießbefehl – verurteilte Befehlsempfänger

## Art. 139 GG hat Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen

- 1. 1945 Alliierte Streitkräfte SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel 1
  - Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit 30. Januar 1933 eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, verlieren hiermit ihre Wirksamkeit ...
- 2. Kontrollratsgesetz Nr. 1 Ausrottung der Nazigesetze vom 20. Sept. 1945
- 3. Das Urteil Tribunal General 06.01.1947 ist für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen bindend.

Die Verordnung vom 05. II. 1934 über die <u>deutsche Staatsangehörigkeit</u> R=StAG ist mit der milit. Kapitulation des III. Reiches <u>nicht</u> ersatzlos untergegangen

Die deutsche Staatangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von Adolf Hitler wird 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt. (RGBL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht vom 23.11.2007 Art. 4 § 3 bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen fort. 26. Mai 1952

Gemäß Art. 139 GG sind der Bundesgesetzgeber, die Bundesbehörden und die Gerichte einschließlich des BundesGrundGesetzGerichtes auf Dauer gehindert, die Auflagen der Alliierten zu ändern oder aufzuheben. Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Die Rechtslage für die BRD hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der Reichsangehörigkeit v. 1934 geändert.

Jeder Deutsche ist in der BRD seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

Der geheime Staatsstreich: Am 08.12.2010 wurde die Reichsangehörigkeit( unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit ) beseitigt. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010) siehe dazu Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBI. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Hiermit fordere ich Sie auf, pflichtgemäß Ihre Grundrechteverletzung aufzuheben und sich selbst in Moskau anzuzeigen. Sollten Sie dem nicht nackommen, muß/ werde ich SIE pflichtgemäß bei dem Haupt Militär Staatsanwalt de russ. Föderation in Moskau anzeigen. (zuständige alliierte Hohe Hand)

Mit heimatlichen Grüßen Rüdiger Klasen

Verweis auf die Ihrer Verwaltung vorliegenden Dokumente: Kopie Urkunge 146, Kopie Antrag Rehabilitation Heimatangehörigkeit Haupt Militär Staatsanwalt + Schutzantrag vor dem Hitlerfaschismus russ. Föderation Hohe HAND